

Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE)

Das bundesgeförderte Beratungsangebot „Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte“ (MBE) ist Bestandteil des Integrationsangebotes des Bundes und bietet seit 2005 anerkannte Anlauf- und Beratungsstellen für Menschen mit Einwanderungsgeschichte in ganz Deutschland. Die Freie Wohlfahrtspflege sowie der Bund der Vertriebenen (BdV) sind Träger der MBE und organisieren die Beratung vor Ort. Die Beratungsstellen arbeiten nach hohen fachlichen Standards und zur großen Zufriedenheit der Ratsuchenden. Das Beratungsprogramm wird aus dem Bundeshaushalt über das Bundesinnenministerium gefördert. Bewilligungsbehörde ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die Beratung und Begleitung von Ratsuchenden durch die MBE erfolgt auf Grundlage des Zuwanderungsgesetzes gemäß § 75 Nr. 9 in Verbindung mit § 45 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes und § 9 Abs. 5 Buchst. b des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge.

Gute Beratung braucht eine ausreichende Finanzierung

Die Migrationsberatung (Kapitel 0603, Titel 68413) wurde im Jahr 2024 mit 77,5 Mio.€ Euro reduziert gefördert nach einem Volumen von 81,5 Millionen Euro im Jahr 2023. Aufgrund der Vorgaben zur Einhaltung der Schuldenbremse droht für 2025 erneut eine erhebliche Reduzierung der Haushaltsmittel, fatalerweise in einer Zeit stark ansteigenden Beratungsbedarfs. **Die Trägerverbände fordern deshalb eine gesicherte Finanzierung im Bundeshaushalt und einen Mittelansatz, der den Beratungsbedarfen entspricht. Für das Jahr 2025 braucht es Bundesmittel in Höhe von mindestens 81,5 Mio. Euro entsprechend dem Niveau von 2023.**

Daten 2023

981

Beratungsstellen

453

mobile Standorte

1.121

Personalstellen

333.112

Beratungsfälle

260.485

mitberatene Personen

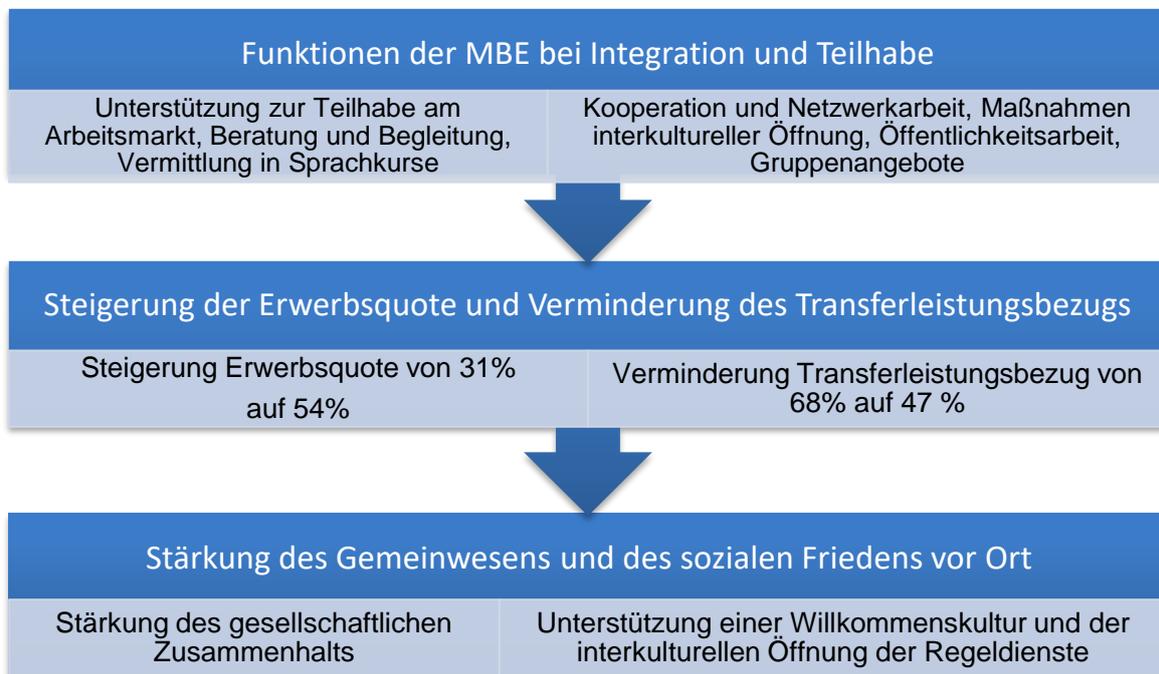
Die MBE ist ein wichtiger Hebel zu Erwerbsintegration und Arbeitskräftesicherung

Deutschland braucht Arbeitskräfte. Das IAB beziffert 400.000 Personen jährlich, die (netto) nach Deutschland vor dem Hintergrund des Fachkräftebedarfs zuwandern müssen.

Hier leistet die MBE einen unverzichtbaren Beitrag zur Teilhabe am Arbeitsmarkt: sie schafft Zugänge zu bestehenden Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, unter anderem durch die Weiterleitung in Sprachkurse oder die Beratung zur Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen. Damit ist die MBE ein wichtiger Hebel einer schnelleren und gleichzeitig nachhaltigen Arbeitsmarktintegration vor Ort und unterstützt u.a. die aktuelle Bundesinitiative „Job Turbo“.

Die MBE trägt zur Verminderung des Sozialleistungsbezuges bei

Eine Stärkung der MBE hilft, Integrationskosten und Sozialausgaben in der Zukunft zu vermindern. Seit vielen Jahren verändern sich die Werte bei Leistungsempfänger*innen von ALG II positiv. Mit Blick auf den Bezug von Transferleistungen, zeigt sich die Wirkung der MBE folgendermaßen: Zu Beginn der Beratung bezogen 68% der relevanten CM-Fälle SBG XII, ALG II oder ALG I, zum Ende der Beratung 47%. Gleichzeitig stieg der Prozentsatz der Erwerbstätigen von 31 % auf 54%. Durch MBE-Beratung werden also nicht nur die staatlichen Ausgaben deutlich verringert, sondern auch Ratsuchende bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützt.



Die MBE stärkt das Gemeinwesen vor Ort und schafft Willkommenskultur

Die MBE trägt zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts bei und unterstützt eine Willkommenskultur sowie die interkulturelle Öffnung der Regeldienste.

Ohne Absicherung des Angebots bleiben viele Ratsuchende ohne Beratung

Die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte findet sich aktuell in einer äußerst herausfordernden und kritischen Situation. Die Zuwanderung nach Deutschland ist nach wie vor hoch: Mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine 2022 hat Deutschland die höchste Zahl von Neuzugewanderten seit der großen Fluchtbewegung nach dem II. Weltkrieg erlebt. Die Zahl der Hilfesuchenden in den Beratungsdiensten ist damit weiter gestiegen ebenso wie die Nachfrage nach qualitativer Beratung. Die Konsequenz: die MBE-Beratungsstellen vor Ort sind stark ausgelastet. Ohne eine Absicherung des Angebots würden viele Ratsuchende ohne qualifizierte Beratung bleiben.